

Elf Zeilen Verrat

Freihandel Die EU-Länder wollten das Abkommen mit Kanada gegen den Willen der EU von ihren Parlamenten ratifizieren lassen. Nun bröckelt die Einheit.

Für Minister Sigmar Gabriel und sein Bundeswirtschaftsministerium ist die Sache schon seit zwei Jahren zweifelsfrei: Ceta, das kurz vor der Verabschiedung stehende Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada, wird den Parlamenten der 28 Mitgliedstaaten zur Abstimmung vorgelegt. Das versprach Gabriel immer wieder, damit hielt er die Freihandelsgegner in Schach, die fürchten, dass die Europäische Kommission den Vertrag ohne Mitsprache der Länderparlamente in Kraft setzen will.

Gabriel hatte Grund, daran zu glauben. Mehrere Rechtsgutachten bestätigten die Einschätzung, dass Ceta ein sogenanntes gemischtes Abkommen sei. Damit müssten alle Teile, die nicht in die alleinige Kompetenz der EU fallen, automatisch nicht nur vom EU-Parlament, sondern auch von den Parlamenten der Mitgliedstaaten ratifiziert werden.

Auch das letzte Treffen der EU-Handelsminister am 13. Mai in Brüssel wiegte den Bundeswirtschaftsminister in Sicherheit. 18 Mitgliedstaaten sprachen sich dafür aus, Ceta als gemischt zu deklarieren. Kein Land war dagegen. Unterstützt wurden sie vom juristischen Dienst des Rates, der daran erinnerte, dass das Verhandlungsmandat von Anfang an ein gemischtes Abkommen vorsah. Das geht aus dem Sitzungsprotokoll hervor.

Die EU-Kommission hatte eine andere Rechtsauffassung. Sie sieht die Zuständigkeiten der Länder kaum tangiert und möchte Ceta als „EU-only“ abschließen. Dadurch müsste sie nur das EU-Parlament darüber abstimmen lassen, nicht aber den risikoreichen und langwierigen Weg über die Länderparlamente gehen.

Die Handelsminister ließ das kalt. Sie wussten: Selbst wenn die Kommission einen EU-only-Entwurf einbringt, können die Minister im Schulterchluss ein gemischtes Abkommen durchsetzen – solange sie einstimmig dafür votieren.

An dieser Einstimmigkeit gab es zumindest in Deutschland keinen Zweifel. „Alle EU-Mitgliedstaaten haben sich mehrfach dafür ausgesprochen, dass sie Ceta als gemischtes Abkommen sehen“, teilt das Bun-



Wirtschaftsminister Gabriel: Kampfansage an die Mitgliedsländer

deswirtschaftsministerium mit. „Der Rat hat es also in der Hand zu bestimmen, dass es sich um ein gemischtes Abkommen handelt und somit letztlich auch der deutsche Bundestag zustimmen muss.“ Doch nun könnte alles anders kommen.

Am 27. Mai schrieb der italienische Wirtschaftsminister Carlo Calenda einen Brief an EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und dessen Handelskommissarin Cecilia Malmström. Elf Zeilen, die das Potenzial haben, die EU in eine weitere Krise zu stürzen.

In dem Schreiben, das der SPIEGEL einsehen konnte, kündigt Italien an, die Kommission zu unterstützen, falls sie Ceta als EU-only einbringen will. Was bedeutet: Es gibt im Rat keine Einstimmigkeit mehr, um ein gemischtes Abkommen durchzusetzen. Den Handelsministern bliebe nur, dem EU-Vorschlag die notwendige qualifizierte Mehrheit zu verweigern. Kommt es zu keiner Einigung, gibt es keinen Beschluss – und kein Freihandelsabkommen.

Zieht die Kommission ihre EU-only-Vorhaben durch, gleicht das einer Kampfansage an die Mitgliedsländer. Doch möglicherweise setzt Brüssel alles auf eine Karte, um Ceta zu retten, das als Blaupause für das noch umstrittenere TTIP, das Freihandelsabkommen mit den USA, gilt.

Die Kommission fürchtet die Abstimmung durch die Länder, denn wenn nur eines nicht mitspielt, ist der Vertrag gescheitert. Und sie fürchtet sich zu Recht: Am Dienstag hat das erste nationale Parlament, die luxemburgische Kammer, ihre Regierung fast einstimmig aufgefordert, Ceta erst einmal nicht zuzustimmen.

Andererseits erhielt die Kommission auf der letzten Handelsministerrunde breite Unterstützung für das in Ceta erreichte Verhandlungsergebnis. Acht Mitgliedstaaten

forderten, dass es so rasch wie möglich in Kraft tritt und praktiziert werden kann. Ob die Länder der vorläufigen Anwendung zustimmen müssen, ist noch strittig, doch die allgemeine Zustimmung zu Ceta ist breit. Auch Gabriel ist spürbar stolz, dass es ihm gelungen ist, eine Änderung des Investitionsschutzkapitels durchzusetzen.

Möglicherweise wird die EU dieses Momentum nutzen, um die Länder zu disziplinieren: Entweder sie stimmen zu, auch wenn die heimischen Parlamente nicht gefragt werden, oder Ceta scheitert. Und dann wohl auch TTIP.

Man sollte meinen, dass sich die Länder diesem Entmündigungsversuch gelassen entziehen. Doch es ist genau diese Angst, die Italien treibt: Fällt Ceta durch, würde das die EU-Handelspolitik und die Glaubwürdigkeit der EU schwer beschädigen, heißt es sinngemäß in dem Schreiben an Juncker und Malmström.

Brüssel will sich weder zu dem Brief noch zum geplanten Vorgehen äußern. Der karge Kommentar: „Die Kommission wird dem Rat noch vor der Sommerpause einen Vorschlag zur Unterzeichnung und zur Ratifizierung von Ceta machen.“ Geplant ist derzeit der 4. Juli.

Bis dahin ist Powerplay angesagt. Die Länder dürften versuchen, Italien einzufangen; die EU wird versuchen, Länder, die Ceta unbedingt wollen, zu gewinnen.

In der letzten Ministerrunde warnte Deutschland vor einem dramatischen Akzeptanzverlust für die Handelspolitik, falls die nationalen Parlamente nicht mitentscheiden dürften. Für Minister Gabriel wäre das persönlich fatal. Er stünde bestenfalls als eine schwache Figur da, die sich von Brüssel über den Tisch ziehen lässt. Nicht gut, im Jahr vor der nächsten Wahl.

Michaela Schießl